



TINA ODER TATA?

Ohne Lobbyismus fehlt der Demokratie ein entscheidendes Bauteil

„Verbände vertreten Interessen und das ist auch gut so“, ließe sich als ersten Satz eines Beitrags über die Legitimität von Lobbying unter Nutzung einer in anderem Zusammenhang von einem Regierenden Bürgermeister in die Welt gesetzten Formulierung schreiben. Und das wäre es denn auch schon. Oder?

Henning von Vieregge

Ja, wenn nicht die Frage käme, die bei solchen emotional eingefärbten Basta-Sätzen immer angebracht ist, „Was ist denn daran gut?“

An dieser Stelle hat der Antwortende, zum Beispiel der bis hierhin gefolgte Rezipient dieses Beitrags, zwei Optionen: Er kann Kronzeugen aufrufen für die Richtigkeit seines Standpunktes oder selbst argumentieren.

Gehen wir zunächst den zweiten, mühseligeren Weg. TINA hilft uns. Das ist eine Abkürzung und heißt „There is no alternative“. Die Politikwissenschaftlerin Astrid Séville aus München hat, das entnehmen wir einem Zeitungsartikel, zum „Prinzip Tina“ ihre Doktorarbeit geschrieben, und zwar so trefflich, dass sie dafür den Deutschen Studienpreis erhalten hat. Sie sagt: „Demokratie besteht nun mal aus schwierigen Aushandlungen, Kompromissfindungen, Unsicherheit. Bei Politik geht es um Lösungen auf Zeit, und Demokratie besteht aus Streit, Diskussionen und Formulierung von Alternativen.“

Gut gesagt! Bohrt man weiter am TINA-Prinzip und konsultiert Wikipedia, dann erfährt man: „Der politische Slogan ‚there is no alternative‘ wurde von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher in der Anfangszeit ihrer Regierung wiederholt verwendet, um ihre Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu legitimieren, welche durch den Abbau des Sozialstaates und wirtschaftsliberale Reformen bei gleichzeitig konservativen Gesellschaftsvorstellungen geprägt war.“ Diese Formel bringt nach Auffassung des Soziologen Helmut Dubiel „ein technokratisches Weltbild auf den Punkt und versucht soziale und ökologische Forderungen abzuwehren, indem es auf einen zwingend zu beschreitenden Entwicklungspfad verweist.“

Dazu zwei Kommentare, ein kurzer und einer, der etwas länger ist:

Erstens kann man sich Frau Thatcher mit diesem Spruch gut vorstellen.

Zweitens hört sich der Kommentar des zitierten Soziologen schlaun an, ist aber reichlich einseitig. Denn es ist ganz gewiss

kein Ausweis einer bestimmten politischen Richtung, die eigene Position als alternativlos darzustellen. Wir finden sie in Demokratien bei allen politischen Farben von Zeit zu Zeit und in Diktaturen immer. Nehmen wir Kanzlerin Angela Merkels Handeln bei drei Gelegenheiten: Sowohl ihre Energiewende nach Fukushima als auch ihre mehrfach wiederholte Entscheidung, Griechenland trotz alledem im Euro zu lassen und dafür die notwendigen Rettungsklimmzüge zu bewerkstelligen, als auch ihre Entscheidung aus 2015, die vom Budapester Bahnhof auf Österreich zulaufenden Flüchtlingen (und vielen, den ihnen folgten) in Deutschland Aufnahme zu geben, wurden als alternativlos dargestellt. Die Alternativlosigkeit bestand freilich darin, dass das übliche demokratische Entscheidungshandeln mit Hinweis auf Sachzwänge kurzerhand ausgesetzt oder radikal verkürzt wurde, sodass Alternativen weder in der öffentlichen noch in der parlamentarischen Debatte, sofern sie überhaupt stattfand, eine Chance auf Berücksichtigung hatten.



TATA – THERE ARE THOUSANDS OF ALTERNATIVES!

Es gibt ein schlagendes Argument, TINA durch TATA zu ersetzen. Dieses Argument könnte in Leuchtschrift über jeder Interessen- und Lobbyorganisation stehen: Es gibt keine Wahrheit außer der, die sich widerlegen lässt. Gemeinwohl ist somit die Summe von vielen aus Beratungen entstandenen Entscheidungen und keine vorab feststehende Größe.

Der Beratungsprozess braucht Regeln, soll er frei von Willkür und Zufall sein. Dazu gehören: Die Beratungen sollten transparent und geordnet ablaufen. Vor einer Entscheidung sollten deswegen alle dazu relevanten Positionen so gleichwertig wie irgend möglich zu Wort kommen und in den Entscheidungsprozess einfließen.

Wenn das systematisch nicht stattfindet, lässt sich darauf wetten, dass man sich nicht in einer Demokratie befindet. Bei rechten Diktaturen hat der Führer immer recht, das soll man glauben. Beim Marxismus werden vermeintlich histori-

sche Gesetzmäßigkeiten bemüht, um die Richtigkeit von Entscheidungen der politischen Spitze (Politbüro, Zentralkomitee) als alternativlos zu charakterisieren.

Aus beiden Systemen wird das Vielparteiensystem als eine Irreführung gebrandmarkt. In Wirklichkeit regiere das „große Geld“ (bei den Nazis kommt noch die rassische Komponente hinzu). Diese grundsätzlich kritische Sicht wird auf Interessenverbände ausgeweitet. Selbst wenn konzediert wird, dass sie teilweise gegensätzliche Positionen vertreten (zum Beispiel Ex- und Importwirtschaft, Schiene oder Straße), so wird doch behauptet, diese Gegensätze seien unwichtig im Lichte des verschleierte Gesamtinteresses.

DIE INNERPLURALE KRITIK

Lohnender als die Auseinandersetzung mit solcher Grundsatzkritik an demokratischer Willensbildung über Parteien und Interessenverbände ist die innerplurale Kritik. Ihr folgend können sich organisations- und konfliktfähige Interessen

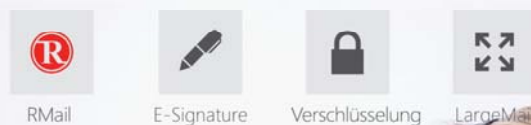
besser durchsetzen. Dazu fallen einem sofort Lokomotivführer, Flugkapitäne oder Fluglotsen als Beispiel ein. Einige Hundert von ihnen können, wenn sie geschlossen und entschlossen auftreten, nahezu alles erstreiken. Ein Gegenbeispiel: Jeder dritte Deutsche ist Ehrenamtler, engagiert sich für Dritte unentgeltlich in nennenswertem Umfang. Hat man je schon mal von einer Streikdrohung aller dieser Bürger gelesen? Oder: Wer vertritt die Interessen von Kindern und Ungeborenen? Oder: Wer spricht für sterbende Bäume? Oder: Wer stellt den Bau von Windrädern ernsthaft auf den Prüfstand unter energiepolitischen, ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten? Oder: Wer nimmt es mit dem Beamtenbund auf und beschneidet die privilegierte Altersversorgung dieser Berufsgruppe parallel zu den Kürzungen der Renten für normale Arbeitnehmer?

Diese exemplarisch aufgeworfenen Fragen zeigen, dass Kritik am realen politischen Pluralismus notwendig ist. Wir

**RMAIL® VON FRAMA -
DIE E-MAIL-TECHNOLOGIE DER ZUKUNFT!**

**E-Mails auf sichere Art verschlüsseln -
Einfach und kinderleicht per Mausclick!**

**RMail® - Sicherer und nachweisbarer E-Mail-Versand!
Weltweit einsetzbar ohne Softwareinstallation oder Registrierung
auf einem Webportal seitens des Empfängers. Zusätzlicher Schutz
vor Cyberkriminalität durch Anti-Whaling Pishing Warnungen.**



Produkt-Highlights

- ✓ E-Mail-Nachverfolgung und Nachweisbarkeit
- ✓ E-Mail-Verschlüsselung mit nur einem Klick
- ✓ Elektronische Unterschriften für Dokumente und Dateianhänge
- ✓ Versand von E-Mailanhängen bis zu 1 GB
- ✓ PDF-Konvertierung von Office-Dokumenten
- ✓ Beifügen von privaten Notizzetteln (SideNote®)
- ✓ Bereinigung von Metadaten
- ✓ Keine Softwareinstallation seitens des Empfängers

**Frama e-communications -
Die Lösung für eine effiziente, sichere und
nachvollziehbare digitale Kommunikation!
National und International!**



**Jetzt kostenlos und
unverbindlich testen!
www.rmail.com/frama-de**

Frama Deutschland GmbH . Christinenstraße 2 . 40880 Ratingen .
Tel.: 0800 8575655 . www.rmail.com/frama-de

integrity in communication.

haben es in der Tat mit keinem austarierten Pluralismus der Interessen zu tun. Viele, sogar wichtige Entscheidungen werden nicht wirklich im transparenten Streit der Argumente zu einer letztlich größtmöglichen einvernehmlichen Lösung geführt. Auch die gestiegene Wirksamkeit der Interessenvertretung aus der sogenannten Zivilgesellschaft heraus kann diese innersystemische Kritik nicht völlig aufheben, zumal sich auch einzelne NGOs fragen lassen müssen, wer hinter ihnen steckt. Sie sind deutlich intransparenter in ihrer internen Meinungsbildung als Verbände. NGOs sind somit keineswegs besser legitimiert als „normale“ Interessenverbände.

Dass sich NGOs auch zu Lobbying, das heißt der Einwirkung auf Politik in Verfolgung ihrer Interessen, offen bekennen, ist zu begrüßen. Als Beispiel nenne ich die in diesem Jahr herausgegebene Broschüre „Thema werden. Politische Netzwerkarbeit und Interessenvertretung von Freiwilligenagenturen“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen bagfa. Der Text ist auch im Netz zu finden. Dort heißt es:

„Lobbying ist die legitime und transparente Interessenvertretung von Non-Profit-Organisationen wie Freiwilligenagenturen, die durch zielgerichtete Botschaften, durch die Pflege persönlicher Verbindungen und weiterer Maßnahmen (wie der Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit) auf die politischen Entscheidungsträger und die Verantwortungsträger der öffentlichen Verwaltung einwirkt.“

Es fehlen in der Aufzählung der Lobbying betreibenden Organisationen die Verbände der Wirtschaft. Ein weiterführender Gedanke findet sich mit dem Hinweis, dass Lobbying ein unvollständiger Begriff sei, jedenfalls, wenn man ihn wörtlich nimmt:

LOBBYING – EIN UNVOLLSTÄNDIGER BEGRIFF

„Lobbying ist leider auch ein unvollständiger Begriff für die politische Netzwerkarbeit, weil er nur einen sehr seltenen Teilaspekt (direkte Ansprache von Entscheidungsträgern in einer Lobby) und eher das Ende eines langen Prozesses beschreibt, an dessen Beginn zunächst steht: Identifizieren von Adressaten und Zielgruppen. Aufbau eines Netzwerkes. Formulieren von Lobby-Botschaften. Erarbeiten einer Lobby-Strategie. Erst danach kann politische Netzwerk-/Lobbyarbeit überhaupt beginnen.“ Der Gedanke, dass Lobbyismus ein Unterfall der Netzwerkarbeit sei, könnte alle Interessenvertretungen aufhorchen lassen. Und in der Tat ist zu beobachten, dass vielerorts diskutiert wird, wie die hierarchisch aufgebaute Organisation in ein Netzwerk umzuwandeln ist. Manche Verbände sind über das „Darüberreden“ hinaus und bereits mitten in der Transformation. So zum Beispiel der Verein Deutscher Ingenieure, VDI. Direktor Ralph Appel im Interview mit dem Verbändereport (in Nr. 8/2016):

„Der VDI erstellte den Entwurf eines neuen Leitbildes. Der wurde zur Abstimmung gestellt und mit großer Mehrheit akzeptiert. Jetzt sind wir im nächsten Schritt, in dem wir sagen, dieses Leitbild kommunizieren wir nicht nur top down, sondern wir nehmen unsere Gremien und unsere Mitglieder ein Stück weit an die Hand, um sie zu aktivieren, etwas mit diesem Leitbild zu machen. Wir diskutieren gemeinsam mit ihnen und leben das Leitbild: Was wollen wir jetzt gemeinsam tun?“

WIR FRAGEN: KÖNNTE DAS BEI EINEM UNTERNEHMEN NICHT AUCH SO LAUFEN?

Ralf Appel: „Ja, vielleicht, aber im Unternehmen entscheidet am Ende die Unternehmensspitze und das ist dann die Strategie des Hauses. Im Verein ist es wichtig, dass man die Ergebnisse ein bisschen offener lässt. Auch der Partizipationsprozess, über das, was wir die nächsten fünf Jahre tun wollen, ist offener gestaltet. Wir können unsere Bezirksvereine, unsere ehrenamtlichen Gremien oder unsere Mitglieder nicht anweisen, sondern wir können sie nur abholen und mit ihnen gemeinsam Entscheidungen herbeiführen und sie motivieren, sich zu engagieren.“

DIE ZWEITE OPTION

Eingangs wurde von zwei Optionen geschrieben. Nun ist es an der Zeit, die Option 2 zu wählen und die bis hierhin entwickelte Argumentation namhaft bekräftigen zu lassen. „Interessenvertretung ist ein Ausdruck unserer Demokratie. Ohne organisierten Lobbyismus bricht sie zusammen“, sagte Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, dem 247 Kulturverbände angehören, in einem VR-Interview (in Nr. 5/2016). Über Verbandsmanager sagt er: „Funktionäre haben eine wichtige Aufgabe in diesem Land zu erfüllen.“ Damit fordert er zu mehr Selbstbewusstsein auf. Demokratie geht nicht ohne die Verbände und deren Interessenvertretung.



FAZIT

Meinungsbildung in der hiesigen Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen zufriedenstellend. Auch der Staat hat daran seinen Anteil, indem er in seinen teilweise gegenläufigen Ausführungen (Legislative, Exekutive, Judikative) Asymmetrien der Interessenvertretung ausgleicht. Ob wiederum richtig oder falsch, ob um Kompromiss bemüht oder reichlich einseitig, all dies wird von den Beteiligten am Meinungsbildungsprozess, der auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems stattfindet, einzelfallbezogen unterschiedlich beurteilt. Jeder Lobbyist, auch der Interessenvertreter der Wirtschaft, muss freilich hinnehmen, dass niemand ein Recht auf Vollberücksichtigung haben kann.

Interessenvertretung kann sich allenfalls teilweise und langsam durchsetzen. Das ist ernüchternd, bezogen auf das Gemeinwohl aber erwünscht. Diejenigen staatlichen Stellen, die, hoffentlich nach Anhörung und Prüfung sämtlicher einge-

brachter Argumente, eine Entscheidung fällen, sollten dabei niemals so tun, als ob ihre Entscheidung die einzig mögliche gewesen wäre. Sie sollten auch keine Position, wenn möglich, völlig links liegen lassen; sie könnte sich in der Zukunft als die bessere erweisen. ■

AUTOR

DR. HENNING VON VIEREGGE



ist ständiger Mitarbeiter des Verbändereport und war bis zur Auflösung in 2015 Vorsitzender der Aktion Gemeinsinn, Bonn. Sie erreichen ihn über: henningvonvieregge@gmail.com

→ www.vonvieregge.de



www.verbaende.com/fachartikel
(geschützter Bereich für Abonnenten und DGVM-Mitglieder)